

Martin Stöhr

Irrwege der Kirche und des deutschen Volks

Zu 70 Jahre Darmstädter Wort und seiner Bedeutung für heute

I Das Darmstädter Wort als Selbstkritik und Aufklärung

Einer der Stichwortgeber zum Darmstädter Wort, Karl Barth, trifft nach 1945 seinen Kollegen Helmut Thielicke. Ihn hatten die Nazis zwar aus der Universität, aber nicht aber aus einem Pfarramt geworfen. Thielicke meint, Barth habe doch in der Schweiz relativ bequem überlebt. „Wir aber - in Nazideutschland - haben den Dämonen ins Auge geblickt“. Darauf trocken Karl Barth: „Die werden dann aber fürchterlich gezittert haben!“ Nach einer nachdenklichen Pause: „Warum sagt ihr nicht: ‚Wir sind politisch dumm gewesen‘, kein ‚Dämon‘ hat euch verführt.“

Dummheit verlangt als ersten Schritt Aufklärung darüber, wie das Volk der Dichter und Denker 1932/33 mehrheitlich so dumm war, sich eine Regierung aus konservativer Deutschnationaler Volkspartei und NSDAP demokratisch und frei zu wählen. Diese große Koalition *will* erklärtermaßen Deutschlands Größe und seine völkische Reinheit auf Kosten von Minderheiten schaffen.

Nach dem Krieg erklärt die Evangelische Kirche in Deutschland 1945 im Stuttgarter Schuldbekenntnis: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden“. Dem Bruderrat der Bekennenden Kirche reicht diese Erklärung keineswegs. Es müssten präzise und aufrichtig die Irrwege benannt werden, die zu Diktatur, Judenvernichtung und Krieg führten. Fast ganz Europa wurde in Schutt und Asche gelegt, mehr als 50 Millionen Menschen sinnlos ermordet und Abermillionen zu Krüppeln und Flüchtlingen macht.

Was politische Dummheit ist, beschreibt Dietrich Bonhoeffer 1943, als er kurz vor seiner Verhaftung notiert: „Dummheit ist ein gefährlicherer Feind des Guten als das Böse...“ Menschen „lassen sich dumm machen... unter bestimmten Umständen“. Diese Dummheit ist „kein intellektueller Defekt, sondern ein *menschlicher*... Die Macht der einen braucht die Dummheit der anderen.“

Die Nazis hatten vor 1933 ihr Regierungskonzept offengelegt: Eine Rassenideologie, die auch kluge Wissenschaftler dumm rechtfertigen und die viele Zeitgenossen richtig finden: Die menschlichen Rassen seien nicht nur unterschiedlich, sie seien auch unterschiedlich viel wert. Oben stünden deutsche, angeblich germanische Herrenmenschen; als Untermenschen gelten Juden, sog. Zigeuner, Behinderte und Homosexuelle, sie seien als lebensunwertes Leben auszuschalten, Bolschewisten zu töten; Russen sowie unsere slawischen Nachbarn Polen und Tschechen sind als Großdeutschlands Sklaven nach dem Endsieg verplant. Nicht wenige fühlen sich auf der „guten Seite“ gegen die staatlich vorgeschriebenen „Bösen“. Durch die 1933 peinlich schnell sich anpassenden Medien sind diese Platzanweisungen und Feindbilder überall öffentlich.

Martin Heidegger, 1933 Rektor der Universität Freiburg, formuliert diese Weltanschauung kurz: „Wir wollen uns selbst“, die Universität diene, „dem nationalsozialistischen Willen zum Auftrag des deutschen Volkes eines sich selbst wissenden Volkes.“ „Unser Volk“ weiß, was es will - was interessiert, wie andere denken, glauben oder leben? Selbstdefinierte „Eliten“ raunen so: Das Wissen unseres Volkes ist die Wahrheit. In das Hauptportal von Heideggers Universität ist dagegen das Wort des Juden Jesus von Nazaret eingemeißelt: „Die Wahrheit wird euch freimachen!“ (Joh 8,32). Die biblische Freiheit gilt allen Menschen, weil alle Gottes Töchter und Söhne gleichwertig sind, jene Minderheiten eingeschlossen, die 1933 plötzlich zu unerwünschten Lebewesen ohne gleiches Leberecht im eigenen Land gemacht werden.

Bestürzend rasch lassen sich Schulen und Hochschulen, Ärzte- und Handwerkskammern, Sport- und Gesangsvereine, Kirchen und Gewerkschaften, Industrie und Verwaltung, Kultur und vor allem die Medien gleichschalten - fast ohne Widerstand. Sie trennen sich von ihren jüdischen Mitgliedern, denn diese gehören nach dem herrschenden Antisemitismus nicht mehr zu den „Guten“. Wenige Tapfere widerstehen. Erschreckend viele Menschen und Organisationen funktionieren genau, wie die neuen Machthaber es wünschen oder erzwingen.

In allen Schichten der deutschen Bevölkerung findet sich 1932/33 keine Mehrheit, die Weimarer Demokratie zu verteidigen. Das „Recht zur (demokratischen) Revolution“ von 1918 wird „verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.“ Ein „starker Mann“ soll Deutschland endlich wieder groß und die Arbeitslosigkeit klein machen. Eine gewaltige Aufrüstung schafft Arbeitsplätze und bereitet einen mörderischen Krieg vor. Die Siege werden anfangs auch bejubelt oder hingenommen, Menschenrechte gelten nichts. Ab Stalingrad kommt der Krieg ins eigene Land zurück. Wie kam es zu Völkermord und Vernichtungskrieg?

Die Nationalsozialisten hatten keine neue „Weltanschauung“ erfunden; alle für ihre Absichten brauchbaren Elemente finden sich in der deutschen Geschichte, zB. Nationalismus, Gewaltvertrauen, Demokratieverachtung, Feindbilder. Durch wenige Täter und viele Mitläufer und Gleichgültige werden sie lebensgefährlich.

Das Darmstädter Wort klärt über die dorthin führenden Irrwege auf. Sie beginnen lange vor 1933. Das zu erkennen, benennen und zu bekennen befreit aus Ohnmachtsgefühlen und unpolitischer Gleichgültigkeit, die sich einredet, man könne ja doch nichts machen. Das Wort beleuchtet scharf eine selbstverschuldete Dummheit, die nicht sehen will, was zu sehen war und zu sehen ist. Von dieser Schuld sich freisprechen zu lassen, bedeutet, nicht nach einer Schuld der Anderen zu spielen.

II Die Suche einer Minderheit nach den Irrwegen bietet neue Wege an.

Das Darmstädter Wort ist das Wort einer Minderheit der Bekennenden Kirche, die ihrerseits auch eine Minderheit im Protestantismus ist, der das Protestieren in Wort und Tat verlernt hatte, weil er obrigkeitlich jahrhundertlang gezähmt war. Das Wort gehört heute zum bleibenden Erbe der ganzen Kirche, auch wenn 1947 weder alle 41 Mitglieder des Bruderrates noch die EKD es als ihre Erklärung billigten; ein Nachdenken für heute lohnt.

Der Bruderrat wurde seit Beginn der Nazizeit demokratisch gewählt, allerdings, wie lange üblich, ohne Schwestern. Er verteidigt das Synodalprinzip gegen das Führerprinzip, Freiheit und Recht der Kirche gegen Eingriffe von Partei und Staat. Man nimmt sich die Freiheit und gibt sich mit eigener Unterschrift eine Selbstverpflichtung, sich an den Quellen der Bibel und der Reformation zu orientieren sowie gegen die Einführung antisemitischer Gesetze in die Kirche einzutreten. Im Krieg wird die Bekennende Kirche schwächer. Ihre Geschichte ist eine Geschichte von Tapferkeiten, an der Basis oft von Frauen getragen; kleine Ängstlichkeiten fehlen nicht. Manche bezahlen mit Isolierung, Berufsverbot, Abschiebung, Haft oder gar mit ihrem eigenen Leben.

Ihr Grundgesetz ist die Barmer Theologische Erklärung von 1934. Sie bekennt, nur Jesus Christus als die *einzig*e Stimme Gottes zu hören und nur ihr zu gehorchen. Also nicht jenen Führern und Kommandos, denen sich zu unterwerfen Partei und Staat verlangen. Diese völkischen Götzen werden in Barmen als „Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten“ genannt: Barmen 1934 und Darmstadt 1947 nennen sie falsche, „gottlose Bindungen“. An ihnen sollen sich Christen nicht orientieren, auch wenn allerorten seit 1933 Deutschlands sog. Wiedergeburt mit „Heilrufen“, Volksfesten, Marschkolonnen und brutaler Gewalt gefeiert wird.

Deutschlands sog. Nationale Erneuerung trifft mit Judenhass und Nationalismus, mit Verfolgung und erschütternd vielen Denunzianten jede Opposition aus der Arbeiterbewegung, den Kirchen, von einzelnen Tapferen sowie viel später aus der Wehrmacht. Einige von ihnen müssen sich selber erst vom Mitlaufen und Neutralsein zum Widerstehen umschulen und alte Irrwege zu verlassen lernen.

III Warum eine Erklärung der Bekennenden Kirche?

Zu den treibenden Kräften für ein ehrliches Benennen der Irrwege unserer Kirche und unseres Volkes gehören u.a. Hans Joachim Iwand, ein ostpreußischer Theologe, heimatvertrieben, der später die Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn zu seiner Lebensaufgabe mache. Ihn hatten die Nazis aus der Universität Königsberg gejagt. Dabei ist auch Martin Niemöller, der acht Jahre KZ überlebt hatte und 1947 zum ersten Kirchenpräsidenten der EKHN gewählt wird. Ernst Wolf hatte seine Stelle an der Universität Halle verloren. Sie wagen als Deutsche und Christen, unbequem zu sein. Ihre verschiedenen Entwürfe werden zu einem. Am Ende vieler mündlicher und schriftlicher Beratungen wird am 8. August 1947 das Darmstädter Wort verabschiedet.

Vor Beginn hatte Hans Joachim Iwand programmatisch formuliert: „Es wäre unsere christliche Pflicht gewesen, an der Wandlung der Gesellschaft und Wirtschaft mitzuarbeiten.“ Ihm steht lebendig vor Augen, dass die Kirchen in Deutschland den Vormarsch des Nationalsozialismus nach dem 1. Weltkrieg sowie die ungelösten sozialen Fragen *nicht als ihre* brennenden Herausforderungen wahrnehmen. Gegen die sog. Erzfeinde Frankreich und Polen wuchert weiterhin Hass, mit Angst vermischt erst recht auch gegen die neue Sowjetunion. Das 19. Jahrhundert lebt in alten Nationalismen und in einem Mangel an Demokraten weiter und bereitet in Europa faschistischen Regierungen den Boden, darunter Deutschland mit dem extremistischsten Programm, das jüdische Volk auszurotten.

Der 1933 gegen die Irrlehren des Nationalsozialismus beginnende Kirchenkampf wird zu Recht auch um Freiheit und Recht der Kirche geführt. Das findet auch Aufmerksamkeit bei Nichtchristen. Aber nur wenige sehen, wie viel Unrecht und Gewalt seit 1933 Millionen über Nichtchristen und Christen hereinbrechen, seit 1938/39 auch in ganz Europa. An dem notwenigen „Wandel der Gesellschaft und Wirtschaft“ arbeiten die Kirchen kaum mit. Iwand betont in seinen Vorlesungen: „Wir haben den Kirchenkampf verloren, weil es uns vor allem um die Selbstbehauptung der Kirche ging!“ Das ist jene Haltung, die Bonhoeffer in seinem letzten Text aus der Gestapohaft angreift, wenn er davon spricht „Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist, weil Jesus Gottes Mensch für andere ist!“

In einer der Vorbesprechungen sagt der religiöse Sozialist Ludwig Metzger, immer Martin Bubers Rechtsanwalt, später Darmstadts Oberbürgermeister und hessischer Kultusminister, ich habe „schon lange auf die Entscheidung gewartet“, denn „die Frage ist durch den Marxismus gestellt: Können wir als Christen überhaupt in einer Ordnung leben, in der der Mensch als Objekt ausgebeutet wird?“ Er bedauert „das Verhängnis, dass die CDU mit der Kirche gleichgesetzt wird.“ Seine Bemerkung weist auf Treffen hin, die in der Geschichte der Kirche völlig neu sind: Nach einzelnen Begegnungen von Christen und Nichtchristen im Exil, in Gefängnissen und Konzentrationslagern der Nazis oder in kleinen Widerstandsgruppen, wie z.B. in Kreisau, finden neue Begegnungen in Freiheit statt.

Nach dem Krieg knüpft man über den „Arbeitskreis evangelische Akademie“ erste Kontakte mit *allen* Parteien. Otto Dibelius trifft Konrad Adenauer, Martin Niemöller Kurt Schumacher, wie er langjähriger KZ-Häftling. Hans-Joachim Iwand, konservativer Tradition, schließt Freundschaft mit Adolf Grimme, einst preußischer Kultusminister, heute fast nur bekannt durch den „Adolf-Grimme-Preis“ der Medien, damals ein protestantisch aktiver „Religiöser Sozialist“. Sie alle gehören zu den wenigen, die die Notwendigkeit eines radikalen Wandels in der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kirche sehen.

Das kritisch und ehrlich zu bedenken, warnt das Darmstädter Wort vor „Träumen von einer besseren Vergangenheit“. Statt die Vergangenheit zu verklären oder auf eine verlorene Heimat zu blicken, sei ein ehrlicher Blick auf die Vorgeschichte des 2. Weltkriegs und auf dessen Opfer nötig. Was 1965 in der Ostdenkschrift der EKD ausgesprochen wird, klingt hier an. Nach dem von Deutschland ausgehenden Raubkrieg verlieren Polen und Deutschland ihre Ostgebiete. Es wird „vor Spekulationen auf einen kommenden Krieg“ gewarnt, etwa um Schlesien und Ostpreußen wieder zu gewinnen oder um endlich (siegreich) mit den Westalliierten die Sowjetunion zu beseitigen. Diese Spekulationen blühen hier und da.

Einige Faktoren kennzeichnen das Jahr 1947: Ein Hunger- und Kältewinter liegt über *ganz* Europa. Millionen Europäer sind auf der Flucht, Millionen beklagen den Verlust ihrer Angehörigen und Lebensgrundlagen. Wer bis 1945 Opfer, Mitläufer oder linientreu ist, konzentriert sich jetzt auf den Wiederaufbau zerstörter Existenzen, Häuser und Infrastrukturen zwischen Stalingrad und Coventry, Nordkap und Marseille.

In Nürnberg laufen seit 1946 die Kriegsverbrecherprozesse mit der Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher aus Partei, Staatsführung und Wehrmacht. 1947 wird gegen Ärzte, Juristen und Wirtschaftsführer wegen ihrer Verbrechen verhandelt. Kaum einer übernimmt Verantwortung für das, was er oder sie zwischen 1933 und 45 getan oder eben nicht getan hat. Die Entnazifizierung wird zurückgefahren, schließlich werden in allen Lebensbereichen NSDAP-Mitglieder oder Mitläufer gebraucht.

Unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer beschließt 1947 die CDU das Ahlener Programm, das vorschlägt, den Bergbau und die eisenschaffende Großindustrie zu vergesellschaften, Monopole und Kartelle zu entflechten sowie die Mitbestimmung einzuführen und mittelständische Betriebe zu fördern. Schriftsteller treffen sich zum ersten Mal in der auch gesellschaftskritischen „Gruppe 47“, u.a. Ingeborg Bachmann, Heinrich Böll, Hans Magnus Enzensberger und Günter Grass, um einige zu nennen. Aufbruch allerorten.

Außerdem ist festzuhalten: Der Kalte Krieg ist schon im Gang. Es gelten die gemeinsamen Beschlüsse *aller vier* Siegermächte von Jalta und Potsdam, Europa und damit Deutschland in einen westlichen und einen östlichen Machtbereich aufzuteilen. Westeuropa profitiert von einem Marshall-Plan zum Wiederaufbau der Wirtschaft, aber auch von der Bemühung, rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in den Westzonen einzuführen. Die jeweilige Vormacht, USA im Westen und die Sowjetunion im Osten, setzen ihre Interessen durch. In diesem Kalten Krieg verlegen die beiden Großmächte ihre Stellvertreterkriege um globale Vorherrschaft aus Europa in die sog. Dritte Welt. Die Konfrontation verlangt simple Feindbilder, hier Imperialisten, dort Bolschewisten.

Erste Brücken bauende Reisen von Autoren des Darmstädter Wortes in den sog. Ostblock werden als Tabubrüche von „Fellow-Travellem“ des Kommunismus diffamiert. Sie brechen die Isolierung von Christen im Osten auf und widersprechen der unsäglichen Parole im Westen „Lieber tot als rot“. Dieser Spruch legt nahe, es gäbe im Osten nur eine tote oder kommunistisch angepasste Christenheit. Das Darmstädter Wort spricht deutlich gegen eine Gleichsetzung von „Christentum und abendländischer Kultur“, die damals üblich ist, als ob in Russland, Polen, Tschechien oder Ungarn keine christliche Kultur und keine christlichen Gemeinden lebten – wenn auch unter anderen Bedingungen und Formen als im Westen. Der Alleinvertretungsanspruch eines nur westeuropäischen Christentums ist damals eine Lüge, heute lächerlich angesichts der wachsenden Kirchen der Zweidrittelwelt. Das Darmstädter Wort erinnert ebenso bescheiden wie anspruchsvoll an den für das Leben uns Zusammenleben folgenreichen Auftrag, den Paulus so formuliert: *Uns ist das Wort von der Versöhnung der Welt mit Gott in Christus gesagt.* (2Kor.5,17ff). Versöhnung nach so viel Hass, Misstrauen und Zerstörung!

IV Das Darmstädter Wort markiert klar sechs Irrwege der Kirche und der Gesellschaft. Sie sind zugleich Wegweiser auf neue Wege.

1. Ein deutscher, nationaler Sonderweg der Selbstüberschätzung macht modellhaft die Interessen und die Macht der eigenen „Nation“ zur letzten Instanz des eigenen politischen und ökonomischen Handelns, setzt sich gewissermaßen auf den „Thron Gottes“.
2. Eine Vorliebe für einen „starken Staat“ und „militärische Machtentfaltung“ fördert Ohnmachtsgefühle, nichts machen zu können und macht die Leute zu Untertanen. Ausgebremst wird eine demokratische Partizipation *aller* an den Planungs- und Entscheidungsprozessen auf den unterschiedlichen Ebenen des Lebens.
3. Das Bündnis mit alten und herkömmlichen Lebensformen blockiert die freiheitliche Aufgabe, „Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert.“ Das Ende des Krieges und der deutschen Monarchien 1918 führt durch eine Revolution zur Weimarer Demokratie. Sie wird mehrheitlich abgelehnt, zugleich duldet man eine „Entwicklung zur absoluten Diktatur.“ Auch die Forderung der Reformation „*Ecclesia semper reformanda*“ verwirklicht die evangelische Kirche nicht. Der Ratsvorsitzende der EKD Otto Dibelius erklärt 1945: „Wir machen da weiter wo wir 1933 aufhören mussten!“ „Weiter so!“ ist bis heute ein beliebter Slogan.
4. Feindbilder und Frontbildungen der „Guten gegen die Bösen“ wirken im politischen Leben. Die biblische Botschaft der Gerechtigkeit und Liebe gilt aber allen Menschen. Die Feindesliebe wird zwar als besonders christlicher Wimpel gegen andere Glaubensformen hochgezogen, aber wenig gelebt. Fritz Baade, Leiter des Kieler Weltwirtschafts-Institutes, verlangt am Schluss seines Buches über „Energiepolitik“ eine „Realpolitik“, die

„endlich die Lehren der Bergpredigt ernst nimmt und befolgt“. Diese „bescheidene Weisheit der Christen“ sei eine „Hoffnung“ gegen die Kapazitäten der „Selbstvernichtung“.

5. Zum Evangelium von Gottes Reich gehört, die „Sache der Armen und Entrechteten“ zu vertreten“. Die Kirche überließ diese Aufgabe dem „ökonomischen Materialismus der marxistischen Lehre“. Zu stark werden im Christentum „Innerlichkeit“ und das Leben nach dem Tode betont, zu wenig der biblische Auftrag, *christusgemäß* im Diesseits, vor dem Tod zu leben. Der herrschende Antikommunismus als eine westdeutsche Grundstimmung machen es wie die Rechtsverletzungen und der staatlich verordnete, angeblich „wissenschaftliche Atheismus“ in Osteuropa vielen schwer, die Herausforderung einer materialistischen und marxistischen Analyse zu sehen. Es geht dabei *keineswegs* um eine Bejahung des „ökonomischen Materialismus der marxistischen Lehre: Aber alle, die materialistisch-atheistisch für Gerechtigkeit arbeiten, sind eine kritische Anfrage, wie es denn mit der von dem Bergprediger angemahnten „besseren Gerechtigkeit“ im Diesseits bei denen aussieht, die dem Jesus Christus nachfolgen.

Es heißt im Darmstädter Wort: „Das freie Angebot der Gnade Gottes [geht] an alle“, es wird „verfälscht“, wenn nicht die „Sache der Armen und Entrechteten“ wirklich als „Sache der Christenheit“ ernstgenommen wird. Diese biblische Sache hat eine verbürgerlichte und allzu staatsnahe Kirche der Arbeiterbewegung überlassen, die sich von einer Kirche abwandte, weil diese sich von ihren Nöten abgewandt hatte. Nicht die Christenheit kämpfte für gerechte Löhne, den 8-Stundentag, gegen Kinderarbeit, für Streikrecht und für Frauenwahlrecht, vereinzelte Christen ausgenommen. Dem Staat und der Wirtschaft mussten diese heutigen Selbstverständlichkeiten abgerungen werden. Auch das wirtschaftliche Wohlergehen gehört zum „Evangelium von Gottes Reich,“ nicht nur das eigene Wohlergehen, sondern das der anderen. Denn Jesus selbst begegnet uns in jedem Menschen, der nichts zu essen, kein Wasser, kein Zuhause, keine Kleider, keine Gesundheit oder keine Freiheit hat. (Mt 24). Die Kirche lebt und wirkt als *irdischer* Leib Christi doch mitten in der ökonomischen Wirklichkeit, die das politische und gesellschaftliche Leben prägt und fragt „was sich rechnet.“

Die Fragen nach Ethos und Kontrolle auch der wirtschaftlichen Macht bleiben global, auch wenn ein verstaatlichter Marxismus als real existierender Kommunismus die eigenen Ziele und Möglichkeiten verrät. Er geht zu Recht unter, weil eigene Macht und Privilegien wichtiger waren als die Stimmen der Machtlosen oder Stummgemachten.

6. Das Christentum wird mit einem „christlichen Abendland“ verwechselt. Seine Botschaft aber entstand in Asien und Nordafrika. Kritische Bemerkungen gegen Muslime werden oft aufgeblasen mit dem Hinweis auf unsere abendländischen Werte oder auf das jüdisch-christliche Erbe Europas. Dieses aber wird weniger gelebt und häufiger beschworen.
7. Ein sehr breiter Irrweg wird 1947 nicht genannt: Antisemitismus. Judenhass ist mit seinen vielgestaltigen Feindbildern die entscheidende weltanschauliche Grundlage des Nazi-Regimes. Der Irrweg eines christlich-antijudaistischen Beitrags dazu ist besonders lang. Er hat sich auch mit Bibelversen ernährt.

Eine zentrale These müsste heißen: Wir sind in die Irre gegangen, als wir glaubten: Eine jüdische Leidensgeschichte sei Gottes Strafe dafür, dass die Juden Jesus ans Kreuz schlugen, die Hebräische Bibel sei nur eine Vorgeschichte des Neuen Testaments, die Kirche habe als das „wahre Israel“ das das jüdische Volk abgelöst. Wir übersahen, dass in der NS-Zeit Jesus und die Apostel deportiert worden wären, weil sie Juden sind. Das peinliche Defizit von 1947 wird 1948 zu beseitigen versucht. Zwar wird die christliche Schuld bekannt und die Bekämpfung des Antisemitismus versprochen, aber die falsche Tradition wird fortgeschrieben, die sagt: die Kirche habe Israel be- und enterbt, die Juden seien schuld am Tod Jesu und trügen die Folgen. Abschied von solchem Aberglauben nehmen die Kirchen erst nach 1945 durch einen Neubau der christlich-jüdischen Beziehungen.

IV Heute ist an folgenden Aufgaben zu arbeiten:

1. Worte und Taten der Christinnen und Christen, der Gemeinden und Kirchen sind daran zu messen, ob sie dem *Recht* dienen, dem Recht der Flüchtlinge und dem der Eingeborenen, der Inländer und der Ausländer, der „Mühseligen und Beladenen“, der Armen und der „Überflüssigen“, die durch Rassen-, Klassen- oder Wirtschaftspolitik im 20. Jahrhundert überflüssig gemachten Menschen, die „Ausgegrenzten der Moderne“ von denen der polnische Soziologe Sigmund Bauman in seinem Buch „Verworfenes Leben“ so eindrucksvoll spricht. Dient unser Staat mit seinem Recht der *Wohlfahrt aller*?
2. Die Erklärungen des Ökumenischen Rates der Kirchen und des Vatikan formulieren seit 1983 eindeutig und sehr konkret die Aufgaben, auf die sich alle Kirchen unter der Zielsetzung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ geeinigt haben. Beiträge zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung sind ein Stachel in allen reichen Gesellschaften, der uns zwingt, die soziale Wirklichkeit wahrzunehmen: Kommen wirklich *alle* auf dem Globus zu ihrem Recht? Gelingt eine gerechtere Teilung der Güter unserer Welt? Sie reichen für alle, erreichen aber nicht alle. Die Lazarusse heute bleiben nicht mehr vor der Schwelle des Reichen Mannes liegen. Sie übertreten diese und besuchen ihn in seinen Straßen und Wohnungen.

Die Aufgaben sind gebündelt in dem Satz, für das Recht aller und ihre Wohlfahrt zu sorgen. Das fördert den „Frieden in Inneren“ und zwischen den Völkern. Dietrich Bonhoeffer hat einmal die Lektion formuliert, die er in der Nazizeit gelernt hat: Es ist „von unvergleichlichem Wert, dass wir die großen Ereignisse der Weltgeschichte einmal von unten, aus der Perspektive der Ausgeschalteten, Beargwöhnten, Schlechtbehandelten, Machtlosen, Unterdrückten, und Verhöhnnten, kurz der Leidenden zu sehen gelernt haben.“

3. Frage an uns heute: Wo wächst der Nationalismus wieder, der sagt: Deutschland stünde ohne Ausländer besser da? Sind die Gedanken „Die Muslime überrollen uns“ oder „Deutschland den Deutschen“ „Deutschland zuerst!“ nicht schon in viele Köpfe eingesickert? Es tröstet nicht, dass es in anderen Ländern ähnlich dumme Einstellungen gibt. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Neonazireffen, die AfD schürt Ängste vor Überfremdung und Islamisierung. Seit Jahren verschleppen wir ein faires Einwanderungsgesetz. Das europäische Programm heißt: Abschottung, zunehmend militärisch. So gelingt keine Bekämpfung der Fluchtursachen. In seinem Theaterstück „Des Teufels General“ von 1945 verspottet der rheinhessische, damals aus dem Land gejagte Dichter Carl Zuckmayer diese Angst vor den Anderen und vor einer Überfremdung. Er beschreibt, wer zu uns und wer hierher gehört:

„Da war ein römischer Feldhauptmann, ein schwarzer Kerl, braun wie ne reife Olive, der hat einem blonden Mädchen Latein beigebracht. Und dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, das war ein ernster Mensch, de ist noch vor er Heirat Christ geworden und hat die katholische Haustradition begründet. Und dann kam ein griechischer Arzt dazu, oder ein keltischer Legionär, ein Graubündener Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons, ein desertierter Kosak, ein Schwarzwälder Flößer, ein wandernder Müllerbursch vom Elsass, ein dicker Schiffer aus Holland, ein Magyar, ein Pandur, ein Offizier aus Wien, ein französischer Schauspieler, ein böhmischer Musikant – das hat alles am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder gezeugt – und – und der Goethe, der kam aus demselben Topf, und der Beethoven, und der Gutenberg, und der Matthias Grünewald, und – ach was, schau im Lexikon nach. Es waren die Besten, mein Lieber!...Und warum? Weil sich die Völker dort vermischt haben“. So viel zur deutschen Leitkultur.

4. Das führt zur Frage nach dem Frieden zwischen den Völkern: Es steht endlich eine kritische Analyse der 55 deutschen Auslandseinsätze aus, die von 1992 bis 2016 ca. 17,2 Milliarden €, davon 13 Mrd. in Afghanistan, kosteten: minimierten sie die Gewalt? Förderten sie den Frieden? Stärkten sie die Menschenrechte in den Einsatzländern? Warum beteiligt sich Deutschland nicht an der UNO-Initiative, *alle* Atomwaffen zu ächten genauso wie die Personenminen und die chemischen und biologischen Kampfstoffe geächtet wurden und früher Kinderarbeit und Sklavenhandel? Zur militärischen Machtentfaltung von heute gehören auch Produktion und Export von Waffen. Deutschland steigt vom Platz Null 1947 bis heute in die Spitzengruppe der Waffenproduzenten und -händler.
5. Es mutet seltsam an, dass eine evangelische, sich auf das Evangelium berufende Kirche, sich 1520 auf das Recht der Freiheit und Gleichheit berufende, also eine reformatorische Kirche Angst vor wirklichen Reformen hat. Sie trat einst an mit dem Wort „ecclesia semper reformanda“ – die Kirche ist immer neu zu reformieren. Stattdessen fanden und finden sich unter Christen besonders viele Verteidiger dessen, was schon immer war. Es ist klar: Was an Reformen verweigert wird, kommt als Revolution zurück, in den Kirchen als schweigende Abstimmung über Portemonnaie und Desinteresse. Könnten die Kirchen sich nicht für eine Kultursteuern einsetzen, wie es sie in Italien gibt und die alle Bürger zahlen?

Ich stelle diese Fragen, weil sie zu der christlichen „Berufung“ gehören, dass wir auch, „mit den uns Deutschen verliehenen Gaben mitzuarbeiten im Dienst an den gemeinsamen Aufgaben der Völker“. Dazu gehört eine „große Nüchternheit der Verantwortung“, sich am immer nötigen „Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens [zu beteiligen], das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“. Zu verlernen ist jede „glaubenslose Gleichgültigkeit“, die den christlichen Glauben billig auf einem Supermarkt der Religionen und Weltanschauungen im Restangebot von früher anbietet. Seine Regale bieten für jeden etwas – „Spiritualität“ von Wellness bis Mystik. Die von Gott uns verliehenen Gaben ermöglichen und verlangen allerdings mehr. Denn Gott sieht mit unseren Augen, arbeitet mit unseren Händen und mit unserem Gewissen und Verstand.

Gott sei wahrhaftig Dank, dass es immer wieder ChristInnen gab, die in Minderheitenpositionen an revolutionären Umwandlungen versteinelter Verhältnisse sich beteiligten. Sie *verrieten nicht die christliche Freiheit, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert*. Sie wollten keine Entwicklung zur Diktatur dulden, die Menschen körperlich und seelisch vergewaltigt. In allen Reformbewegungen bis zu Martin Luther King, bis zu den Befreiungstheologien in Lateinamerika; bis zu den friedlichen Revolutionen 1989/90 in der DDR, in Osteuropa, Südafrika und Namibia. Dort waren und sind Menschen am Werk, die die revolutionierende Seite des Christentums ernst nahmen.

V Zum Nachhall

Ein Vorwurf aus den Reihen der Bekennenden Kirche lautet sofort: „Anpassung an den Zeitgeist“ Der Berliner Bruderrat (ua mit Otto Perels, Kurt Scharf, Martin Albertz) bejaht das Wort im Grundsatz, will aber nicht, dass man den im Darmstädter Wort genannten Sozialismus mit dem in der Ostzone und in Osteuropa aufgebauten Stalinismus verwechselt und ihn so rechtfertigt. Die Sorge ist nicht unbegründet:

Der Staatssekretär für Kirchenfragen in der DDR, Seigewasser, sagt staatsfromm 1977: „Es war ein weiter und komplizierter Weg von diesen Anfängen [des Darmstädter Wortes] bis zu der unter der Mehrheit der Christen der DDR verbreiteten Überzeugung, dass unsere sozialistische Gesellschaftsordnung dem Wohl der Menschen und Mehrheit dient.“ Hier wird aus dem christlichen Bekenntnis eines Irrwegs ein staatliches Bekenntnis von Christen zur DDR-Regierung gemacht. Der Irrweg aber besteht nach dem Darmstädter Wort darin, dass die „Mahnung“ nicht wahrgenommen wurde, „dass der ökonomische Materialismus des marxistischen Lehre „die Sache der Armen und Entrechteten“ zu seiner Sache gemacht hatte, obwohl „gemäß dem Evangelium“ diese Sache die „Sache der Christenheit ist.“ Da bleibe ich lieber bei Richard von Weizsäcker, der nach dem Untergang des real existierenden Sozialismus die demokratisch-rechtsstaatlichen Gesellschaften darauf aufmerksam macht, dass sie eine Mahnung verloren hätten, kein Vorbild, aber eine Mahnung, ihre Gesellschaften besser und gerechter für alle auszubauen. Für manches Gespräch von Christen in der DDR mit marxistischen Staatsorganen war das Darmstädter Wort wichtig, weil es einmal ein selbstkritisches Wort einer verbesserbaren Kirche ist, zum ändern, weil es – wie der Erfurter Propst Heino Falcke es 1977 ausdrückt – auch von einem verbesserlichen Sozialismus ausgeht. Das bestreiten Staatsorgane natürlich, weil sie ihren Sozialismus für gut finden.

Eine ganz andere Kritik kam vom konfessionell eingeschworenen Luthertum: Die „theologische Entgleisung“ des Darmstädter Wortes bestehe darin, wie die Deutschen Christen „Konjunkturtheologie“ zu betreiben und nun nicht mehr die große deutsche Stunde 1933 zu beschwören, sondern die „Stunde des Sozialismus“. Hans Asmussen schreibt, dass weder die KPD noch die SPD „einen sichtbaren Bruch mit ihrer mehr als heidnischen Grundlage vollzogen“ hätten. Die Grundlagen beider Parteien seien „ausgesprochen antichristlich“. Und dann wird von der eigenen Schuld abgelenkt, wenn es heißt: „Die Linksparteien, und vor allem auch die SPD, [haben] bis zum heutigen Tag eine Schuld auf sich geladen durch die Proklamation des Klassenkampfes und das heißt der Begehrlichkeit, des Massenmordes, der Verteufelung des Gegners, der Auflösung der menschlichen Gemeinschaft, ein Vorläufer der Lehren Hitlers!“ Nationalsozialisten wie Sozialisten vertreten beide „bewusste Gottlosigkeit“. Dann sind die Sozialisten – „auch die religiösen Sozialisten“ – „Vorläufer Hitlers“ und trügen Mitschuld am Nationalsozialismus!“ Also Christoph Blumhardt, Martin Buber, Ludwig Metzger, Gustav Radbruch, Max Weber, Ernst Troeltsch, Adolf Löwe, Hugo Sinzheimer, Adolf Grimme, – und später Gustav Heinemann, Johannes Rau oder Erhard Eppler werden so zu den Ahnen des Nationalsozialismus gerechnet und Rechts wie Links gleichgesetzt. Der Historikerstreit des Jahres 1986 wird hier innerchristlich schon einmal präludiert.

1970 löst das Ökumenische Programm zur Bekämpfung des Rassismus eine breite ökumenische Debatte aus. Die von der weißen Minderheit unterdrückte schwarze Bevölkerungsmehrheit fragt unter Berufung auf Dietrich Bonhoeffer und seine Beteiligung an den Versuchen Hitler zu töten, ob Anwendung von Gewalt gerechtfertigt sei, wenn die Duldung von Gewalt die größere Gewalt sei? Es ist die Frage der lateinamerikanischen Befreiungstheologie nach einem Schuldigwerden durch Revolution. Es ist Frage der friedlichen Revolution in der DDR unter dem Stichwort Friedensgebet und -demonstration sowie dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“. Polen ging voran bei den friedlichen Revolutionen in Osteuropa, die verknöcherte Staats- und Wirtschaftssysteme beseitigten.

Es ist hoffentlich deutlich geworden, dass das Darmstädter Wort kein rückwärtsgewandtes Wort ist, das mit „Schluss-Strich-Forderungen“ ins Museum abzuschieben wäre. Eine Generation später, 1977, treffen sich etwa tausend Studenten aus Europa in Darmstadt, um zu Inhalt und Aktualität des Darmstädter Wortes zu arbeiten. In ihrer Schlusserklärung heißt es:

„Wir glauben, dass dies prophetische Wort die Menschen aus ihren gesellschaftlichen Abhängigkeiten befreit, und dass so Kirche entsteht. Es ist „höchst aktuell.“ Der christliche Glaube sei eine „positive Kraft“, der sich der „Kritik der politischen Praxis nicht entzieht. Das heißt aufzustehen und aufrecht zu gehen, denn Jesus Christus hat die Mächte des der Gewalt, der Unterdrückung und des Todes gebrochen.“ Prophetisches ist keine Wahrsagerei, sondern sagt Wahrheiten öffentlich. Was heute geschieht oder nicht geschieht hat Folgen für die Zukunft, für unsere Kinder und Kindeskinde. Lassen Sie uns mit neuen Bausteinen aus dem Material des Darmstädter Wortes heutige Probleme frei und nonkonformistisch angehen.

Vortrag im Elisabethenstift Darmstadt am 17. August 2017, dem Ort der Verabschiedung des Wortes am 8. August 1947; am noch bestehenden Gebäude wurde eine Erinnerungstafel angebracht. Die Vortragsform ist beibehalten.

Abgedruckt in „BlickPunkte“ 2017/6 von ImDialog – Evang. AK für das christlich-jüdische Gespräch.

